

Informationen über die Verarbeitung personenbezogener Daten

MUSERO – Teleoperierte Erkundung von Gefahrensituationen durch multimodale Verknüpfung von Sensortechnologien

Informationen nach Art. 13 ff. Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR), nimmt den Schutz Ihrer personenbezogenen Daten sehr ernst.

Mit diesen Datenschutzhinweisen informieren wir Sie gemäß der ab dem 25. Mai 2018 geltenden EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch das DLR sowie über die Ihnen zustehenden Rechte. Diese Hinweise werden soweit erforderlich aktualisiert und Ihnen zur Verfügung gestellt.

1. Verantwortlicher und Datenschutzbeauftragter

Verantwortlicher im Sinne der DSGVO ist das

Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR)
Linder Höhe, 51147 Köln
Telefon: +49 2203 601-0, Internet: <https://www.dlr.de>

Den Datenschutzbeauftragten des Verantwortlichen erreichen Sie unter:

Datenschutzbeauftragter des DLR, Linder Höhe, 51147 Köln,
E-Mail: datenschutz@dlr.de

2. Zweck für die Datenverarbeitung

Es geht vorliegend um die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von weiteren Forschungsdaten für die Forschungsanlage „MUSERO“ durch einen VW Bus / teleoperierten robotischen Plattformen (z.B. SHERP) mit Kameras. Hierbei wird das Versuchsfahrzeug im öffentlichen Verkehrsraum betrieben. Das Fahrzeug (VW Bus) ist am DLR-Standort LA stationiert.

Eine zentrale Rolle bei der Gefahrstoff- und Anomaliedetektion mittels optischer (Laserspektroskopie, Multispektral) Sensorik ist die Aufzeichnung von der Umwelt mit Kameras. Durch Fusionierung der erlangten Kameradaten mit den spektroskopischen Messdaten anhand von KI-Methoden und anschließender KI-basierter Bewertung der Messgrößen kann eine erweiterte Umweltmodellierung erstellt werden. Diese Informationen werden im Rahmen der Forschungsaktivitäten genutzt, um CBE-Gefahrenquellen und -kontaminationen zu lokalisieren und zu identifizieren. Der Fokus liegt hierbei auf der Detektion von Oberflächenkontaminationen (z.B. auf Asphalt). Zweck der Verarbeitung ist die Sammlung von Informationen über den Normalzustand der Umwelt im Rahmen und – im Rahmen von definierten Szenarien – über das Vorkommen, die Konzentration, die Verteilung von Gefahrstoffen.

3. Datenkategorien

Im Rahmen der Verarbeitungstätigkeit werden die folgenden personenbezogenen Daten verarbeitet:

Die Aufnahme der personenbezogenen Daten erfolgt rein zufällig während einer Messfahrt (z.B. einer vorbeilaufenden Person bzw. Fahrzeug). Es sind keine Regelmäßigkeiten geplant. Diese aufgezeichneten Videodaten werden direkt, soweit

technisch möglich, anonymisiert und unter Einhaltung von technischen und organisatorischen Maßnahmen verarbeitet und aufbewahrt. Hierbei werden alle Videodaten durch Merkmalsextraktion in eine komprimierte Repräsentation überführt. Zurzeit werden die Bilder in eine Repräsentation von niedrigerer Dimension transformiert.

4. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung

Die Verarbeitung der Forschungsdaten erfolgt auf einem überwiegenden berechtigten Interesse des DLR, ist Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO die Rechtsgrundlage der Verarbeitung.

5. Empfänger personenbezogener Daten

Es werden keine personenbezogenen Daten weitergegeben, da diese umgehend gelöscht bzw. anonymisiert werden.

6. Speicherdauer

Die personenbezogenen Daten werden unverzüglich gelöscht. Die Forschungsdaten werden nach Zweckerfüllung gelöscht.

Eine Speicherung kann darüber hinaus erfolgen, wenn dies durch den europäischen oder nationalen Gesetzgeber in unionsrechtlichen Verordnungen, Gesetzen oder sonstigen Vorschriften, denen der Verantwortliche unterliegt, vorgesehen wurde.

7. Ihre Rechte in Bezug auf ihre personenbezogenen Daten

Sie haben gegenüber dem DLR folgende Rechte hinsichtlich der Sie betreffenden personenbezogenen Daten. Zwecks Ausübung dieser Rechte wenden Sie sich bitte an die in Ziffer 1. angegebene Stelle.

Vorbehaltlich der Bedingungen und Garantien nach Art. 89 Abs. 1 DSGVO kann es im Falle von Forschungsprojekten nach Art. 89 Abs. 2, 3 DSGVO zu Ausnahmen der Betroffenenrechte kommen.

- Recht auf Auskunft - Art. 15 DSGVO

Mit dem Recht auf Auskunft erhält der Betroffene eine umfassende Einsicht in die ihn angehenden Daten und einige andere wichtige Kriterien, wie beispielsweise die Verarbeitungszwecke oder die Dauer der Speicherung. Es gelten die in § 34 BDSG geregelten Ausnahmen von diesem Recht.

- Recht auf Berichtigung - Art. 16 DSGVO

Das Recht auf Berichtigung beinhaltet die Möglichkeit für den Betroffenen, unrichtige ihn angehende personenbezogene Daten korrigieren zu lassen.

- Recht auf Löschung - Art. 17 DSGVO

Das Recht auf Löschung beinhaltet die Möglichkeit für den Betroffenen, Daten beim Verantwortlichen löschen zu lassen. Dies ist allerdings nur dann möglich, wenn die ihn angehenden personenbezogenen Daten nicht mehr notwendig sind, rechtswidrig verarbeitet werden oder eine diesbezügliche Einwilligung widerrufen wurde. Es gelten die in § 35 BDSG geregelten Ausnahmen von diesem Recht.

- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung - Art. 18 DSGVO

Das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung beinhaltet die Möglichkeit für den Betroffenen, eine weitere Verarbeitung der ihn angehenden personenbezogenen

Daten vorerst zu verhindern. Eine Einschränkung tritt vor allem in der Prüfungsphase anderer Rechtswahrnehmungen durch den Betroffenen ein.

- Recht auf Datenübertragbarkeit - Art. 20 DSGVO

Das Recht auf Datenübertragbarkeit beinhaltet die Möglichkeit für den Betroffenen, die ihn angehenden personenbezogenen Daten in einem gängigen, maschinenlesbaren Format vom Verantwortlichen zu erhalten, um sie ggf. an einen anderen Verantwortlichen weiterleiten zu lassen.

- Recht auf Widerspruch - Art. 21 DSGVO

Das Recht auf Widerspruch beinhaltet die Möglichkeit für Betroffene, in einer besonderen Situation der weiteren Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten zu widersprechen, soweit diese durch die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben oder öffentlicher sowie privater Interessen gerechtfertigt ist. Es gelten die in § 36 BDSG geregelten Ausnahmen von diesem Recht.

- Widerruf der Einwilligung

Betroffene haben die Möglichkeit, eine einmal erteilte datenschutzrechtliche Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen.

- Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde – Art. 77 DSGVO

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde. In der Regel steht dafür die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder des Sitzes des Verantwortlichen zur Verfügung.

8. Bereitstellung personenbezogener Daten

Es besteht keine Pflicht zur Bereitstellung personenbezogener Daten. Sollten diese vollumfänglich oder teilweise nicht zur Verfügung gestellt werden, ist die Verarbeitung nicht oder nur eingeschränkt möglich. Dies gilt nicht für solche Daten, die wir im Rahmen einer Einwilligung verarbeiten.

9. Automatisierte Entscheidungsfindung

Eine automatisierte Entscheidungsfindung findet nicht statt.